



Erfahrungsbericht

Kommunen gemeinsam für den Klimaschutz

Erfahrungen und Perspektiven für eine neue Form
der europäischen Zusammenarbeit



Vorwort

Im Rahmen eines dreijährigen Beratungsprojekts brachten adelphi und das polnische Städtenetzwerk Energie Cités (PNEC) polnische und deutsche Kommunen zusammen und unterstützten sie darin, Wege zu klimafreundlichen Städten und Gemeinden zu skizzieren. Im Fokus standen dabei die Bekämpfung der Luftverschmutzung, die Stärkung des Klimaschutzes sowie die sozioökonomischen Vorteile, die integrierte Niedrigemissionsstrategien den Kommunen bringen.

Die Kommunen haben ihre Ansätze miteinander verglichen, Neues gelernt und sich gegenseitig inspiriert. Zudem wurden acht Kommunen darin begleitet, ihre bestehenden Städtepartnerschaften in Form einer Klimaschutzpartnerschaft zu vertiefen. Aus diesem Vorhaben sind viele Ideen und konkrete Projekte für den Klimaschutz entstanden. Mit dieser Publikation möchten wir die Erfahrungen aus dem Projekt weitergeben.

Im ersten Teil blicken wir auf drei Jahre Kooperation zurück und stellen den Mehrwert eines solchen Austausches aus der Perspektive der teilnehmenden Kommunen vor. Im zweiten Teil leiten wir Handlungsempfehlungen für den Aufbau einer Klimaschutzpartnerschaft ab, und präsentieren im dritten Teil individuelle Erfahrungen der vier Klimaschutzpartnerschaften, um so einen Einblick in die Praxis interkommunaler Kooperation auf europäischer Ebene zu geben.

Starke Argumente für mehr Austausch im Klimaschutz: Ein Rückblick auf drei Jahre deutsch-polnische Kooperation



Immer mehr Kommunen entdecken für sich die Notwendigkeit und die Vorteile eines emissionsarmen Entwicklungspaths. Vielen fehlt es jedoch an Zeit, Kapazitäten und fachlichen Impulsen, geeignete Klimaschutzmaßnahmen zu konzipieren und durchzuführen. An dieser Stelle setzen internationale Kooperationsprojekte zum kommunalen Klimaschutz an: Mitarbeiter/-innen aus weniger erfahrenen Kommunen können sich über gelungene Maßnahmen und deren Erfolgsfaktoren informieren. Gleichzeitig werden Städte und Gemeinden, die bereits innovative Ansätze erprobt haben, in ihrem Engagement bestärkt. Was unsere Projektteilnehmer/-innen aus der Kooperation mitgenommen haben, lesen Sie auf den folgenden Seiten.

Was machen eigentlich die Anderen? Der Blick über den Tellerrand lohnt sich!

Durch den grenzüberschreitenden Austausch stellen viele Kommunen fest, dass andere Gemeinden in der Europäischen Union (EU) vor ähnlichen Herausforderungen stehen. Gleichzeitig lernen sie andere Herangehensweisen kennen und können sich so von alten Routinen lösen. Ein solcher Austausch führt zu wertvollen neuen Kontakten, erschließt neue Informationsquellen und gibt das Gefühl, Teil eines starken Netzwerks zu sein.

„Der Austausch brachte uns viel in Sztum: Er bot die Gelegenheit, unseren Horizont zu erweitern, eigene Ideen in Frage zu stellen, aber auch externen Input von Kolleg/-innen und Expert/-innen zu bekommen.“

Sztum

„Durch den bilateralen Austausch wurde klar, dass unterschiedliche Methoden zum gleichen Ziel führen können.“

Bielsko-Biała

„Klar gibt es Unterschiede zwischen den Kommunen, innerhalb des eigenen Landes und international, aber auch viele Ähnlichkeiten.“

Gierałtowiec

„Was wir von dem Projekt mitnehmen, sind neue Ansätze, um die lokale Bevölkerung zu aktivieren und Beteiligungsprozesse zu gestalten.“

Kościerzyna

Inspiration für neue Wege: Diese Prozesse hat der Austausch in Gang gesetzt

Erfahrungen aus anderen Ländern helfen dabei, Klimaschutz in einem neuen Licht zu betrachten. Einige Projektteilnehmer/-innen kamen beflügelt von ihren Reisen zurück und machten sich gleich an die Arbeit.

Ein neuer Radschnellweg in Częstochowa (Schlesien):

Die zweitgrößte Stadt Schlesiens entdeckte bei einem bilateralen Workshop zur nachhaltigen Mobilität das Potenzial des Fahrrads als alltagstaugliches Verkehrsmittel neu. Wie? Die Delegation stieg selbst aufs Fahrrad und fuhr auf einer Teilstrecke des Radschnellwegs Ruhr RS1 in Essen. Nun plant die Stadtverwaltung die Entwicklung eines ähnlichen Radschnellwegs zwischen Częstochowa und den Nachbarkommunen. Diese Maßnahme soll das bereits bestehende städtische Radwegenetz von 80 Kilometern ergänzen und schrittweise bei der Erneuerung von nationalen und kommunalen Straßen umgesetzt werden. Die Stadt ist zudem dabei, intermodale Knotenpunkte zu entwickeln. Inspiriert wurde dieses Projekt von Essens erster Mobilitätsstation, die im Juli 2017 eingeweiht wurde. Drei intermodale Mobilitätsstationen sollen in Częstochowa Bus- und Tramhaltestellen mit einem Fahrradverleih kombinieren. Darüber hinaus sucht die Stadt nach Investoren, um ein e-Car-Sharing-System einzuführen und dieses ebenfalls an den Mobilitätsstationen anzubieten.

Mehr Radwege in Bielawa (Niederschlesien): Auch der Vizebürgermeister von Bielawa kam begeistert vom Mobilitäts-Workshop in Essen zurück. Die Stadtverwaltung möchte nun den Radverkehr stärken und das Radwegenetz ausbauen. Ziel ist es, eine echte Alternative zum Pkw zu schaffen und den nachhaltigen Tourismus zu fördern.

Impulse für eine nachhaltige Stadtplanung in Częstochowa (Schlesien): Angeregt durch eine Workshop-Einheit zu klimafreundlicher Stadtplanung, verdoppelte die Stadt 2018 ihr Budget für öffentliche Grünflächen im Vergleich zum Vorjahr. Unter anderem plant sie, den Platz vor dem Stadtratsgebäude in eine öffentliche Grünfläche umzuwandeln.

Gespräche zur Erweiterung der Mobilitäts-Sharing-Angebote in Bielsko-Biała (Schlesien): Die Klimaschutzvorreiterstadt Bielsko-Biała startete Gespräche zur Einführung eines Pedelec-Verleihsystems. Die Stadt liegt am Rand der Schlesischen Beskiden, einem Gebirgszug der Westbeskiden. Ein Verleihsystem für Pedelecs würde helfen, Einwohner/-innen trotz der vielen Hügel zum Radfahren zu ermutigen. Außerdem wird diskutiert, das derzeitige Gebiet des Bike-Sharing-Systems zu erweitern.

Jetzt säen, später ernten

Auch dort, wo das erlernte Wissen aus dem Beratungsprojekt nicht unmittelbar in eine neue Initiative mündete, fanden unsere Projektteilnehmer/-innen den Dialog bereichernd. Einige Ideen müssen reifen und können zu einem späteren Zeitpunkt aufgegriffen werden.

Praxiseinblicke in das Wasserstoff-Kompetenzzentrum: Im Rahmen eines Konsultationstreffens führte die gastgebende Stadt Herten die Besucher/-innen durch das Forschungszentrum „h2herten“, das sich auf dem Gelände der ehemaligen Zeche Ewald befindet. Dort wird zu Wasserstoff- und Brennstoffzellen geforscht. Die Technologien sind zwar noch nicht einsatzfähig, könnten aber in Zukunft für das Erreichen der Klimaschutzziele von wesentlicher Bedeutung sein. Für die Delegation aus Bielsko-Biała war es ein Highlight, Einblicke in diese Innovationen zu bekommen.

Auf zu neuen Ufern! Neue Projekte gemeinsam vorantreiben

In fortgeschrittenen Formen der internationalen Kooperation können sogar gemeinsame Projekte angestoßen werden. Mehr zu den Projektergebnissen und weiteren Initiativen der vier Klimaschutzpartnerschaften, die im Rahmen des Beratungsprojekts begleitet wurden, finden Sie auf Seite 12.

„Die wertvollste Entdeckung war für uns, dass wir einige Dinge gleichzeitig in Polen und Deutschland durchführen können. Beispielsweise bei der Europäischen Mobilitätswoche.“

Mirostaw Reczko,
Bürgermeister von Ciechanowiec

Make Klimaschutz great again!

Nicht zuletzt kann der Austausch mit internationalen Partnern den politischen Willen innerhalb der eigenen kommunalen Verwaltung stärken.

In Ritterhude und Rosbach überzeugte die Zusammenarbeit mit den polnischen Partnerkommunen die Bürgermeister/-innen davon, Klimaschutz erneut auf die politische Agenda zu setzen. Der Austausch zeigte, dass die polnischen Partnerkommunen bereits mit ehrgeizigen Klimaschutzstrategien vorangegangen waren. Durch das Beratungsprojekt wurden die deutschen Kollegen/-innen auch auf die Vielfalt der Fördermöglichkeiten der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) aufmerksam. Beide Kommunen streben nun an, Masterplan-Kommune zu werden.

Europäische Klimaschutz- partnerschaften aufbauen



In der Europäischen Union nehmen grenzüberschreitende Städtepartnerschaften eine besondere Rolle ein: Öffentliche Verwaltungen, Bürger/-innen, Schüler/-innen sowie Vereine lernen die Kultur des anderen Landes kennen und freunden sich an. Viele dieser Partnerschaften entstanden in der Nachkriegszeit und parallel zur europäischen Integration. Seit ihrer Gründung hat jedoch vielerorts ein Generationswechsel stattgefunden, der die Partnerschaften auf die Probe stellt. Die Erweiterung des Austausches zu Fragen des Klimaschutzes kann für eine neue Dynamik sorgen. Nicht zuletzt ist Klimaschutz eine konkrete Herausforderung, die Kommunen überall in Europa betrifft. Im Folgenden stellen wir Handlungsempfehlungen vor und zeigen, wie Partnerkommunen ihre Zusammenarbeit auch auf eine fachliche Ebene heben können.

Wie funktioniert eine Klimaschutzpartnerschaft?

Die meisten Städte und Gemeinden wissen wenig über die Ziele und Strategien ihrer Partnerkommune zum kommunalen Klimaschutz. An dieser Stelle setzt eine Klimaschutzpartnerschaft an: Der direkte Austausch vertieft das Verständnis für die gemeinsamen Herausforderungen, erleichtert die Identifikation möglicher Lösungsansätze, ermöglicht den Transfer von Wissen und Knowhow und verstärkt die Motivation zum Handeln. Strukturen für den regelmäßigen Austausch zur Klimapolitik werden geschaffen – aufbauend auf persönlichen und politischen Beziehungen. Nach und nach entwickeln Partnerkommunen ein besseres Verständnis der nationalen und lokalen Rahmenbedingungen für den Klimaschutz im jeweils anderen Land.

Konkret können Klimaschutzpartnerschaften drei Ziele verfolgen:

- **Erfahrungsaustausch** zu den jeweiligen Arbeitsschwerpunkten, z.B. Energiemanagement, Erweiterung des Mobilitätsangebots, Wärmewende, nachhaltige Stromversorgung oder Bürgerbeteiligung.
- **Wissenstransfer**, insbesondere wenn eine Stadt ähnliche Klimaschutzmaßnahmen wie ihre Partnerkommune umsetzen möchte.
- **Initiierung gemeinsamer Projekte:** Bewusstseinsbildungsprojekte, die sich an Bürger sowie Schulen richten, sind zunächst einfacher anzugehen. Es können aber auch investive Maßnahmen angestrebt werden.

Eine Klimaschutzpartnerschaft lebt von direktem Dialog: Ein zentraler Bestandteil ist der regelmäßige Besuch der Partnerkommune – idealerweise ein- bis zweimal im Jahr. Der Austausch beschränkt sich aber nicht darauf: Durch Videokonferenzen und Telefonate können der Austausch fortgesetzt und gemeinsamen Projektideen eine Form gegeben werden.

„Gemeinsame Projekte erzeugen immer wieder neue Impulse.“

Susanne Geils,
Bürgermeisterin der Gemeinde Ritterhude

Welche Akteure sollten dabei sein?

Im Gegensatz zu traditionellen Städtepartnerschaften, die oft hauptsächlich auf kulturellem Austausch zwischen Bürgern und Vereinen beider Städte beruhen, ist die Gestaltung von Klimaschutzpartnerschaften eher in der Verwaltung angesiedelt. Wichtigste Voraussetzung für die Kooperation ist dabei die politische Unterstützung innerhalb der Stadtverwaltung. Welche Fachbereiche am Austausch beteiligt sind, hängt von den Interessen der Partner ab. Dabei können nicht nur Mitarbeiter/-innen aus dem Themenfeld Klimaschutz, sondern auch solche aus angrenzenden oder an der Ausführung von Maßnahmen beteiligten Bereichen wie Hoch- und Tiefbau, Energie und Umwelt, Stadtentwicklung oder Fördermittel-Akquise mitwirken. Eine gewisse personelle Konstanz ermöglicht es, eine Basis für den vertrauensvollen Austausch zwischen den Verwaltungen zu schaffen.

Da der Großteil von Treibhausgasemissionen nicht im direkten Einflussbereich der kommunalen Verwaltung entsteht, kann sich die Zusammenarbeit mit Akteuren außerhalb der kommunalen Verwaltung auch für Klimaschutzpartnerschaften als wertvoll erweisen. Schlüsselakteure jenseits der Verwaltung können kommunale Unternehmen, private Unternehmen, Handwerkskammern und Verbände, aber auch Vereine, Kirchen und interessierte Bürger/-innen sein. Ein belastbares Netzwerk aus Ansprechpartner/-innen kann die Klimaschutzpartnerschaft bereichern.

Beispiel

Die aktive Teilnahme von Susanne Geils, Bürgermeisterin von Ritterhude, und Leszek Tabor, Bürgermeister von Sztum, an dem ersten Treffen der Klimaschutzpartnerschaft war für die Identifizierung eines gemeinsamen politischen Ziels wesentlich. Beide blicken auf eine langjährige Freundschaft im Rahmen der Partnerschaft zurück und räumen der neuen Zusammenarbeit einen wichtigen Platz auf den jeweiligen örtlichen Agenden ein. Auf diese solide Basis konnten sich ihre Mitarbeiter verlassen: Der politische Rückhalt half dabei, die Beantragung von Fördermitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für die energetische Stadtsanierung in einem ausgewählten Quartier Ritterhudes vom Gemeinderat bewilligen zu lassen – ein direktes Ergebnis der Partnerschaftsarbeit.

Checkliste „Akteure“

- ✓ Ist politische Unterstützung für den Austausch gesichert?
- ✓ Innerhalb der Verwaltung: Wurden die relevanten Fachbereiche angesprochen und informiert oder eingeladen?
- ✓ Außerhalb der Verwaltung: Welche Zielgruppen können einbezogen oder mobilisiert werden?

Wie kann die Qualität des Austausches sichergestellt werden?

Für den Aufbau einer Kooperationsbasis zwischen Partnerkommunen sind regelmäßige persönliche Treffen (idealerweise ein- bis zweimal im Jahr) unabdingbar. Um dem Austausch zu Klimaschutzthemen Rahmen und Ziel zu geben, ist eine inhaltliche Vorbereitung der Treffen unerlässlich, muss aber keinen großen Aufwand mit sich bringen. Die gastgebende Kommune ist jeweils für die Durchführung des Treffens verantwortlich. Sie sollte in Abstimmung mit der Partnerkommune eine Tagesordnung festlegen und eine/-n Moderator/-in bestimmen, der/die die Besprechung der Tagesordnungspunkte überwacht und den Diskussionsverlauf sowie das Festhalten der Ergebnisse steuern kann. Eine Exkursion zu einer umgesetzten Klimaschutzmaßnahme verleiht dem Treffen der Partnerstädte Praxisbezug und hilft, den Partner für die Situation vor Ort zu sensibilisieren.

Das Fehlen von fachlichem Knowhow kann durch die Einbeziehung externer Expertise ausgeglichen werden. Dafür stehen Kommunen verschiedene, auch kostenlose, Ressourcen zur Verfügung: Vertreter lokaler Energieunternehmen, Energieagenturen, Stadtwerke oder z.B. der planenden Behörden des öffentlichen Nahverkehrs können Treffen inhaltlich bereichern und neue Ideen anstoßen.

Beispiel

Sebastian Lenz von der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH hat die Partnerstädte Rosbach und Ciechanowiec bei einem Treffen als externer Berater dabei unterstützt, eine Stärken-Schwächen-Analyse des ÖPNV durchzuführen und versteckte Potenziale und Handlungsansätze herauszuarbeiten. Die gemeinsame Lernerfahrung hat dazu beigetragen, dass beide Städte ihren lokalen Handlungsbedarf er-

kannt haben und bereits gemeinsam über Strategien und Lösungsansätze diskutieren konnten.

Die Verständigung während der Treffen auf Englisch oder Deutsch kann ein Anfang sein – für eine inhaltlich anspruchsvolle Kommunikation empfiehlt es sich allerdings, eine/-n Dolmetscher/-in hinzuzuziehen, besonders dann, wenn nicht alle Teilnehmer/-innen Englisch sprechen. Der Austausch gewinnt dadurch deutlich an Qualität, was die höheren Kosten rechtfertigt.

„Moderation und professionelle Übersetzungen haben den Austausch unserer Gemeinden qualitativ auf eine neue Ebene gehoben.“

Ulrich Müller, Gemeinde Ritterhude

Checkliste „Qualität des Austauschs“

- ✓ Festlegung auf Diskussionspunkte; Erstellen einer Tagesordnung
- ✓ Bestimmung eines Moderators/einer Moderatorin
- ✓ Kann externe Expertise den Austausch bereichern?
- ✓ Bietet sich eine Exkursion an?
- ✓ Sprechen alle Teilnehmer/-innen eine gemeinsame Sprache oder wird ein/-e Dolmetscher/-in benötigt?

Wie findet man gemeinsame Themen?

Viele Kommunen haben bereits Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt. Wie diese in die Städtepartnerschaft eingebracht werden können und welche Themen sich für eine gemeinsame Bearbeitung oder Projektentwicklung eignen, können die Partner anhand eines Themen-Mappings visualisieren. Dabei werden Themen gesammelt und z.B. an einem White Board aufgelistet. Im nächsten Schritt äußert sich jede Kommune dazu, ob diese Themen relevant sind, ob dazu bereits Aktivitäten stattgefunden haben und ob daran grundsätzliches Interesse oder Anlass zum Handeln besteht. So lassen sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede in beiden Kommunen schnell ablesen.

Zeichnet sich kein gemeinsames Thema ab, kann die Betrachtung der Vorteile helfen, die durch die Umsetzung von Maßnahmen im kommunalen Klimaschutz entstehen. Die Erfahrung zeigt, dass die Fokussierung auf Ziele statt Maßnahmen dazu beitragen kann, verschiedene Strategien zu entwickeln, die am Ende zum gleichen Ergebnis führen. Zudem lassen sich Klimaschutzmaßnahmen auch mit Vorhaben verbinden, die ohnehin geplant sind. So können z.B. die Sanierung eines Gebäudes mit Energieeffizienzmaßnahmen, die Erneuerung einer Ortsverbindungsstraße mit dem Bau von Radwegen oder die Neugestaltung von Grünflächen mit dem Angebot im Bereich Nahmobilität verknüpft werden. Diese Herangehensweisen tragen auch dem Umstand Rechnung, dass Partnerkommunen bestimmte Maßnahmen ggf. mit unterschiedlicher Geschwindigkeit umsetzen können oder möchten.

Neben gemeinsamen Themen gibt es auch Bereiche, in denen Kommunen von ihren Partnern lernen können.

Beispiel

Ein gemeinsames Themen-Mapping hat den Partnerstädten Rosbach und Ciechanowiec geholfen, Mobilität als gemeinsames Handlungsfeld zu identifizieren. Gleichzeitig wurde das Thema Erneuerung der Straßenbeleuchtung als Ansatzpunkt für den Wissenstransfer erkannt. So hat Ciechanowiec nach einer Beratung durch Rosbach begonnen, seine Straßenbeleuchtung zu erneuern und auf energiesparende LED umzurüsten.

Checkliste „Themen“

- ✓ Themen-Mapping durchführen und visuell aufbereiten
- ✓ Gegenwärtige und zukünftige Prioritäten beider Partnerstädte anhand des Mappings diskutieren
- ✓ Gemeinsame Projekte können unterschiedliche Formen annehmen: Beratung, Austausch, Investitionen
- ✓ Orientierung an Zielen statt an (investiven) Maßnahmen vergrößert den Gestaltungsspielraum und ermöglicht ein individuelles Tempo für die Umsetzung in beiden Kommunen

Welche Finanzierungsmöglichkeiten gibt es?

Im kommunalen Haushalt sind in der Regel nur kleine Summen für die internationale Kooperation vorgesehen. Partnerstädte können jedoch Möglichkeiten im Rahmen anstehender oder laufender investiver Maßnahmen in Betracht ziehen. Werden von einer Kommune z.B. Fördermittel zur Finanzierung eines Klimaschutzprojekts beantragt, könnte geprüft werden, inwieweit Beratung als Teil des Antrags zugelassen wird. So könnten Kommunen versuchen, Transaktionskosten für den Austausch mit der Partnerstadt einzubringen.

Kooperation im Klimaschutz sollte zudem als ein Prozess verstanden werden, bei dem sich die Städte einem gemeinsamen Ziel nähern. Am Anfang können sich die Partnerstädte auf niederschwellige Projekte konzentrieren, die einen Impuls für investive Maßnahmen geben. So können beide Städte parallel die Umsetzung mithilfe der jeweils verfügbaren Förderprogramme forcieren.

Beispiel

Rosbach und Ciechanowiec haben sich zunächst auf die gemeinsame Teilnahme an der europäischen Mobilitätswoche konzentriert. Dadurch wurde ein Bewusstsein für das Thema Radverkehr sowohl intern als auch extern geschaffen. Dieses soll künftig größere Investitionen in die Radverkehrsinfrastruktur in beiden Gemeinden erleichtern.

Gerade für kleinere Kommunen sind Übersetzungs- oder Reisekosten eine Herausforderung. Diese können z.B. durch eine vorausschauende Planung reduziert werden. Arbeitstreffen auf Verwaltungsebene lassen sich zudem aufwandsarm mit Besuchen größerer Bürgergruppen in der Partnerstadt verknüpfen. Ferner

kann die Kommunikation zum Teil digital erfolgen. Zudem ermöglicht das EU-Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ die Förderung städtepartnerschaftlicher Projekte, wobei die Anträge den jährlich wechselnden förderfähigen Themen entsprechen müssen.

Beispiel

Herten und Szczytno gehen der Frage nach, ob ihr Schulaustausch in Zukunft über eTwinning – eine kostenlose digitale Plattform der europäischen Kommission für die thematische Zusammenarbeit von Schüler/-innen und Schulpersonal – laufen kann. Auch Skype hat sich bei dem letzten Arbeitstreffen als mögliches Kommunikationsmittel für den regelmäßigen Austausch unter den Mitarbeiter/-innen der Kommunen als positiv erwiesen und ermöglicht das Einsparen von Reisekosten.

Checkliste „Finanzierung“

- ✓ Gibt es laufende oder geplante Projekte, die für eine Förderung ausbaufähig sind?
- ✓ Betrachtung geeigneter Förderprogramme auf regionaler, nationaler und EU-Ebene
- ✓ Gemeinsame Ziele können mit unterschiedlichen Maßnahmen erreicht werden
- ✓ Transaktionskosten minimieren: Besuche von Bürgergruppen und Verwaltung zusammen denken, vorausschauend planen, Möglichkeiten der digitalen Kommunikation ausschöpfen

Zwei Länder, vier Geschichten: Ergebnisse der dreijährigen Zusammenarbeit



Was passiert, wenn Partnerstädte ihre Zusammenarbeit um das Thema Klimaschutz erweitern? Das zeigen acht Kommunen aus Polen und Deutschland, die sich über drei Jahre lang neu kennengelernt und ihre Kooperation vertieft haben. Ihr Ziel: Wege zu klimafreundlichen Städten und Gemeinden beschreiten – grenzüberschreitend und gemeinsam! Im Folgenden stellen wir die direkten Ergebnisse, aber auch die indirekten Wirkungen des Dialogs zwischen diesen Kommunen vor.

Ciechanowiec (Podlachien) & Rosbach vor der Höhe (Hessen)

Monika Jost dreht eine quietschgelbe Broschüre in den Händen und legt sie zurück zu den anderen, die an Rosbacher Haushalte verteilt werden. Die Broschüre enthält das Programm für den Mobility Action Day, einem Aktionstag, mit dem die Stadt Rosbach vor der Höhe auf das Thema nachhaltige Mobilität aufmerksam machen möchte. Rosbach beteiligt sich gemeinsam mit seiner Partnerstadt Ciechanowiec an der Europäischen Mobilitätswoche 2018, in der jedes Jahr im September europaweit für das Thema geworben wird. Die Partnerstädte sind die ersten, die daran gemeinsam teilnehmen.

Eine lebendige Partnerschaft hebt den Austausch auf eine neue, fachliche Ebene

Dass Monika Jost sich als Leiterin der Abteilung für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung mit Klimaschutz auseinandersetzen würde, kam für sie überraschend. Aufgrund einiger Personalwechsel innerhalb der Stadtverwaltung wurde sie mit der inhaltlichen Begleitung der Klimaschutzpartnerschaft betraut. Die Partnerschaft war ihr hingegen bekannt, denn sie ist lebendig: Seit über 20 Jahren verbinden die Kleinstädte regelmäßige Besuche und gemeinsame Aktivitäten. 2015 gab es bspw. ein gemeinsames Sportfest, ein ehemaliges Rosbacher Löschfahrzeug der Feuerwehr leistet noch gute Dienste in Ciechanowiec. Mit der Teilnahme am Projekt wollten die Bürgermeister Thomas Alber und Mirosław Reczko ihre Partnerschaft auf eine neue Ebene heben und vor allem voneinander lernen. Denn sowohl Rosbach als auch Ciechanowiec haben bereits in den kommunalen Klimaschutz investiert. In Rosbach werden eine Sporthalle und ein Feuerwehrgebäude umweltfreundlich und energieeffizient beheizt; in Ciecha-

nowiec wurden eine Schule und eine Kirche mit Wärmepumpen ausgerüstet sowie das Rathaus umfassend saniert. Dennoch hatten sich die Bürgermeister für die Zusammenarbeit neue Ziele gesteckt, die gemeinsam erreicht werden sollten.

Eines davon sollte gleich beim ersten Treffen im Herbst 2016 umgesetzt werden: Mirosław Reczko, Bürgermeister von Ciechanowiec, war die Sanierung der Straßenbeleuchtung ein besonderes Anliegen. Die alten Gaslampen sollten durch energiesparende und wartungsarme LED-Leuchten ausgetauscht werden. Beim ersten Treffen hörte er daher aufmerksam den Schilderungen der Rosbacher zu, die bereits 2012 mithilfe eines Contracting-Systems und eines Zuschusses der Bundesregierung die gesamte Straßenbeleuchtung erneuern konnten. Das ist nicht nur gut für die Umwelt, sondern auch für den Geldbeutel: Bleiben die Preise ähnlich wie heute, werden in Rosbach durch die effizienten Leuchten in 20 Jahren insgesamt mehr als 700.000 Euro eingespart. Diese Argumente haben auch Mirosław Reczko überzeugt. Bis 2022 soll nun die Straßenbeleuchtung in Ciechanowiec sukzessive erneuert werden.

Die Teilnahme an der Europäischen Mobilitätswoche untermauert gemeinsame Anstrengungen

Auch eine weitere Erkenntnis brachte das Treffen: Beide Kommunen sind in der Fläche fragmentiert, denn sie bestehen aus mehreren Ortsteilen. Verkehrsmittel der Wahl ist deshalb meist der Pkw. Das gemeinsame Handlungsfeld „Nachhaltige Mobilität“ war schnell gefunden und wurde beim zweiten Treffen weiter ausdifferenziert. Mithilfe zweier Mobilitätsexperten aus Stuttgart und Białystok nahmen Teilnehmer/-innen beider Kommunen eine gezielte Analyse der Stärken und Schwächen ihrer Mobilitätsangebote vor, um das Potenzial für Rad- und Fußverkehr sowie für den öffentlichen Nahverkehr besser abschätzen zu können. Die Fahrradinfrastruktur,

so das Ergebnis, sei nicht das Problem: Beide Kommunen haben ihre Planungen hier bereits begonnen und Investitionen vorgesehen. Um die Nutzung des Fahrrads als Transportmittel zu etablieren, müsse jedoch zunächst ein Bewusstsein für die Vorteile der Radmobilität geschaffen werden. Um dieser Notwendigkeit Rechnung zu tragen, beschlossen die Partner, gemeinsam an der Europäischen Mobilitätswoche 2018 teilzunehmen – zusätzlich zu parallel laufenden Projekten in den Kommunen.

Rosbach hatte unter der Leitung von Monika Jost inzwischen einen Stadtentwicklungsprozess samt Bürgerumfrage in Gang gesetzt, bei dem nachhaltige Mobilität und Fahrradfreundlichkeit weit oben auf der Wunschliste der Einwohner standen. Ciechanowiec war mit dem Planungsverfahren einer Umgehungsstraße zur Umfahrung des Ortskerns beschäftigt und beschloss, als Testlauf bereits 2017 Aktionen wie Radtouren im Rahmen der Mobilitätswoche anzubieten – mit Erfolg: „Wir erhalten seither häufig Anfragen, wann wir wieder Radtouren veranstalten. Besonders bei Kindern und Jugendlichen im Ort kam die Aktion gut an“, so der Bürgermeister. Für die Mobilitätswoche 2018 wird in Ciechanowiec sogar eine Straße für den Autoverkehr gesperrt. Monika Jost hatte anfangs Schwierigkeiten, weitere Mitwirkende, z.B. örtliche Vereine, für den Mobility Action Day in Rosbach zu gewinnen. Eine solche Aktion auf die Beine zu stellen, sei durchaus eine Herausforderung, „aber als die grobe Planung stand, konnten wir uns vor Anfragen kaum retten. Ein Bürger hat sich sogar bereit erklärt, öffentliche Bänke für mehr Aufenthaltsqualität, insbesondere für Fußgänger/-innen, zu spenden“, erklärt Jost.

Die Partner arbeiten bereits an neuen Ideen

Unterdessen wird in beiden Kommunen bereits an den nächsten Schritten auf dem Weg zu umweltfreundlicher

Mobilität und mehr Aufenthaltsqualität gefeilt. Ciechanowiec wird die örtlichen Polizisten mit Dienstfahrrädern ausstatten. Bürgermeister Thomas Alber plant in Rosbach, den städtischen Fuhrpark durch Elektroautos zu ersetzen.

Zur Stadtentwicklung gehört auch, sich mit Anknüpfungspunkten zu kommunalem Klimaschutz auseinander zu setzen, wenn es sich anbietet. Das Lernen von Partnern ist dabei für Monika Jost allerdings keine Einbahnstraße: „Die Städtepartnerschaft bietet den passenden Rahmen für den Austausch unter Kolleg/-innen zu diesem Thema. Wir können uns voneinander noch so einiges abschauen.“

Kościerzyna (Pommern) & Cölbe (Hessen)

Vor großen Vorhaben scheuen sich die hessische Gemeinde Cölbe und ihre Partnerstadt in der polnischen Kaschubei, Kościerzyna, nicht: Vor dem Projektstart hatte Kościerzyna bereits stark in die Sanierung öffentlicher Gebäude investiert und einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr eingeführt. Durch die Gründung des Vereins „Słoneczna Kościerzyna“ („Sonniges Kościerzyna“) wurden 200 Photovoltaikmodule auf Dächern von Privathaushalten installiert, weitere befinden sich in Planung. Zudem will die Kommune die LED-Umrüstung der Straßenbeleuchtung bis Ende 2018 abschließen.

Auch Cölbe ist alles andere als unerfahren im Klimaschutz: Die Kommune sorgte mit einem von Bürgern initiierten Car-Sharing-Projekt überregional für Aufmerksamkeit. Zusammen mit privaten Gesellschaftern und einem lokalen Unternehmen stellte die Gemeinde

2012 innerhalb von 11 Monaten eine Freiflächen-Solaranlage von 3,3 MW auf die Beine. Im Ortsteil Schönstadt steht außerdem das größte, von einer Bürgergenossenschaft betriebene Nahwärmenetz Deutschlands. Bei so viel Engagement hatten die beiden Kommunen fast schon Schwierigkeiten, ein Thema für weitere, gemeinsame Anstrengungen zu finden. Nach einigen Gesprächen war jedoch klar, was es anzupacken galt. Ihr neues Ziel: Die Wärmewende in der Bevölkerung verankern!

Der Weg ist das Ziel

Auch hier dachten die Vertreter/-innen beider Kommunen zunächst groß: Sie planten, Modellsanierungen von unterschiedlichen Gebäudetypen in beiden Kommunen durchzuführen und dadurch – z.B. durch die Möglichkeit zur Begehung der sanierten Gebäude für die Öffentlichkeit – private Hausbesitzer/-innen dazu zu motivieren, selbst energetische Sanierungen vorzunehmen. Wenngleich diese ambitionierte Idee in der Kürze des Kooperationsprojekts nicht realisiert werden konnte, hat der Austausch zu diesem Thema in beiden Kommunen wichtige Prozesse und Diskussionen angeregt.

Steiler Start in Kościerzyna

Inspiziert durch den Austausch mit Cölbe beschloss die Stadt Kościerzyna, eine Energieberatungsstelle zu gründen. Sechs Monate später eröffnete die Beratungsstelle im Rathaus. Sie vermittelt seither Informationen über den Austausch von kohlegefeuerten Heizkesseln, Möglichkeiten zur Nutzung erneuerbarer Energien, Strom-, Gas- oder Wassereinsparungen sowie die Luftqualität in Kościerzyna. Allein in den ersten fünf Monaten haben mehr als 150 Personen die kostenlose Beratung wahrgenommen. In Cölbe zeigte man sich beeindruckt vom Tempo der Partner/-innen. Für diese ist die kostenlose Energieberatung jedoch erst der Anfang. In den kommenden Monaten soll der Schwerpunkt auf der Weiter-

entwicklung dieses Angebots liegen: Wie können die Beratungen weiter verbessert werden? Wie kann nachverfolgt werden, welche Maßnahmen tatsächlich umgesetzt wurden? Und wie können die Berater/-innen noch aktiver auf die Bürger zugehen? Diese Fragen beschäftigen aktuell die Energieberaterin Ewelina Labuda und ihre Kolleg/-innen.

Die Partnerschaft bringt neue Ideen und Knowhow

Erste Antworten erhielten sie aus der Partnerschaftsarbeit. Birgit Herbst, Umwelt- und Klimaschutzbeauftragte der hessischen Stadt Nidda, die als Expertin für Bürgerbeteiligung an Klimaschutzmaßnahmen bekannt ist, wurde zum letzten Partnerschaftstreffen eingeladen. Sie präsentierte einfache, aber wirksame und vor allem übertragbare Maßnahmen, z.B. eine Tür-zu-Tür-Beratung zu Energie-Themen in einem ausgewählten Quartier. Sie empfahl zudem, eine größere Bandbreite von Informationsformaten (Newsletter, Postkarten, Thermografie-Spaziergänge...) zu nutzen.

Auf Initiative von Cölbe wurde der Energieeffizienz-Experte Werner Eicke-Henning auch zum Treffen eingeladen, der beiden Kommunen wertvolle Tipps und Denkanstöße geben konnte. Diese Treffen waren für die im Alltag sehr stark eingebundenen Mitarbeiter/-innen eine willkommene Gelegenheit für Beratung, Kapazitätsaufbau und Inspiration.

Perspektive Wärmewende: Beide Kommunen bleiben am Ball!

Der fachliche Austausch wäre ohne professionelle Übersetzung unmöglich gewesen. Auch wenn der Bürgermeister von Kościerzyna fließend Deutsch spricht und eine gebürtige Koscierzynerin seit langer Zeit in Cölbes Partnerschaftsverein aktiv ist, hatten die Mitarbeiter/-innen auf der fachlichen Ebene keine gemein-

same Arbeitssprache. Das erschwerte die Kommunikation und verlangsamte die Projektentwicklung. Dennoch konnten lang- und kurzfristige Ziele für die Kooperation festgelegt werden. Durch eine Postkarten-Aktion möchte Kościerzyna die Beteiligung der Bürger/-innen an Klimaschutzbestrebungen anregen. Über einen Newsletter sollen die Bürger/-innen über die Klimaschutzaktivitäten der Partnergemeinde informiert werden, insbesondere zum Thema energetische Sanierung. Die Partner hoffen, auf dieser Weise die Bevölkerung zu inspirieren. Weiterhin gibt es auf beiden Seiten Interesse, die Idee der Pilotsanierungen im Auge zu behalten.

Gut Ding braucht Weile... und günstige Rahmenbedingungen

Wie schnell dieses Projekt Form annimmt, hängt von verschiedenen Faktoren ab. In beiden Kommunen stehen Wahlen an und die personellen Kapazitäten der Fachkräfte in den Verwaltungen sind nach wie vor knapp. Aber der Wille ist da und die Kommunen haben es geschafft, das Interesse der Bevölkerung zu wecken. Zu der öffentlichen Veranstaltung zum Thema: „Lohnt sich eine energetische Sanierung an meinem Haus?“, die im Rahmen des letzten Partnerschaftstreffens in Kooperation mit dem Energieinstitut Hessen und der Volksbank in Cölbe stattfand, kamen, trotz des perfekten Grillwetters an diesem frühsommerlichen Abend, viele Neugierige. „Sucht ihr eigentlich weiterhin nach Pilothäusern für eine energetische Sanierung?“, erkundigte sich eine interessierte Teilnehmerin. Der Funke, so scheint es, ist bereits auf die Bevölkerung überggesprungen.

Szczytno (Ermland-Masuren) & Herten (Nordrhein-Westfalen)

Babette Nieder weiß: Tatendrang und Beharrlichkeit zahlen sich aus. Dank des langjährigen Engagements der Geschäftsführerin der Hertener Beteiligungsgesellschaft mbH gilt die Stadt als Vorreiterin in Sachen Klimaschutz: Herten ist Masterplan-Kommune, dena-Energieeffizienz-Kommune und Finalistin des deutschen Nachhaltigkeitspreises. Die ehemalige Bergbaustadt im Herzen des Ruhrgebiets hat sich voll und ganz dem energetischen Wandel verschrieben. Und all das trotz knapper Kassen – denn Herten gehört zu den am höchsten verschuldeten Kommunen Deutschlands. Als Babette Nieder vom deutsch-polnischen Projekt und der Möglichkeit erfährt, die bestehende Städtepartnerschaft mithilfe des Projekts zu vertiefen, zögert sie nicht lange: Sie lädt kurzerhand alle Teilnehmer/-innen des Projekts nach Herten zum ersten Workshop ein und bewirbt sich im Anschluss mit der Partnerkommune Szczytno für die Klimaschutzpartnerschaft.

Mit dem gleichen Schwung geht es weiter: Schnell identifizieren die beiden Städte bei den Arbeitstreffen übergreifende Ziele für die Kooperation (Senkung des Energieverbrauchs, Kostenminderung, CO₂-Minderungen) und definieren die Themenbereiche Bildung, Haushalte, Unternehmen sowie öffentliche Gebäude als Handlungsfelder.

Der Schulkooperation eine neue Richtung geben

Schulen in den Austausch einzubinden lag nahe, da der Schüleraustausch zwischen den Kommunen bereits gut etabliert war. Ende September 2017 besuchten polnische Schüler/-innen Herten und lernten dabei Klimaschutz in der Praxis kennen. Sie besichtigten das Hybridkraft-

werk des städtischen Gymnasiums – ein Gewächshaus für den Schulgarten, das mit Wind-, Solar- und Biogasenergie betrieben wird – und gingen mit dem Klimateam der Stadt auf Erkundungstour. Die Schüler/-innen konnten Einblicke in die Wasserstofftechnologie gewinnen und die Energieerzeugung aus Klärschlamm kennenlernen. Als sie zum Tetraeder, dem Aussichtsturm einer ehemaligen Zeche und regionalem Wahrzeichen, aufstiegen, erhielten sie Informationen zum Umbau der Energieversorgung der gesamten Region.

Nach diesem gelungenen Auftakt stellte sich jedoch die Frage, wie der inhaltliche Austausch vertieft und verstetigt werden könnte. Der gegenseitige Besuch von Schüler/-innen war kein Selbstläufer. In Polen trat 2017 eine umfassende Schulreform in Kraft, die den Lehrkräften wenig Spielraum für Aktivitäten außerhalb des Lehrplans lässt. In Hertens liefen bereits einige Klimaschutzprojekte in den Schulen, aber ohne grenzüberschreitende Komponente.

„Wie wäre es mit dem EU-Programm eTwinning?“, schlug adelphi vor. Kostenlos und digital bietet diese Plattform Lösungen für die Herausforderungen der Schulen an: Es muss kein physischer Austausch stattfinden und trotzdem können Lerninhalte gemeinsam entwickelt werden. In Hertens Nachbarstadt Gelsenkirchen wurde ein Projekt mit Klimaschutzbezug bereits mit diesem Programm durchgeführt. Dank der Unterstützung der Programmbotschafterin in Polen nahm im Frühjahr 2018 ein Teil der Lehrkräfte aus Szczytno an einer eTwinning-Schulung teil. Frau Nieder tauschte sich ihrerseits mit der Schule in Gelsenkirchen aus. Die erste Kontaktanfrage zwischen den Lehrenden wurde kurz vor Abschluss des Beratungsprojekts über die eTwinning-Plattform geschickt. Nach den Sommerferien haben die Lehrer/-innen die Möglichkeit, diesen Kooperationsrahmen mit Inhalten zu füllen.

Technisches Wissen einfließen lassen

Über die Schulpartnerschaft hinaus wollen die Vertreter/-innen der beiden Kommunen die Partnerschaft aber auch für den Fachaustausch nutzen. In Szczytno interessierte man sich besonders für Hertens Expertise im Bereich Energieeffizienzmaßnahmen. Der Wunsch nach einem Energieberatungsprogramm wurde früh erwähnt, bedurfte allerdings zunächst einer Spezifizierung: Welche Zielgruppen könnten angesprochen werden und welche Erfahrungen aus Hertens wären hier hilfreich?

Im Frühjahr 2018 kam dann die gute Nachricht aus Szczytno: Ein Beschluss läge vor, das neue Programm „Saubere Luft: es lohnt sich“ werde gestartet. Dies sieht vor, den Austausch von ineffizienten, kohlegefeuerten Heizkesseln in Privathaushalten zu fördern. Die ersten Anträge könnten schon im September 2018 eingereicht werden. Hertens schlug vor, seine Erfahrungen mit dem Programm „Heizungscheck“ und der Schwachstellenanalyse von Wärmeerzeugung, -übergabe und -verteilung, weiterzugeben.

Detlef Becker, ein Gutachter für Bauschäden und Sanierung, der Schulungen zum Heizungscheck durchführt, stellte das Programm beim letzten Partnerschaftstreffen in Szczytno vor. Beim Abendessen wurde intensiv weiterdiskutiert: Auf beiden Seiten waren noch viele Fragen zum regulatorischen Kontext und zur gängigen Praxis in beiden Ländern offen. Im Ergebnis wurde festgehalten: Die Durchführung der Hertener Schwachstellenanalyse könnte zu einer höheren Austauschrate von Heizkesseln und mehr neuen Anschlüssen an das Fernwärmenetz in Szczytno führen. Eine neue Idee für den Austausch?

Nach diesem Abendessen spaziert die Gruppe an einem der beiden Seen im Stadtzentrum vorbei. Der Abend ist ruhig, die Luft warm. Die Hitzewelle ist bereits angebro-

chen. Lilianna Majewska-Farjan, stellvertretende Leiterin der Abteilung für Flächenmanagement und Umweltschutz in Szczytno, lässt den Tag Revue passieren und sagt: „Was wir bräuchten, ist eine zusätzliche Person im Umweltteam.“ An Motivation mangelt es wahrlich nicht, dafür aber leider häufig an Kapazitäten. Denn tatsächlich sind volle Schreibtische die größte Herausforderung für den bilateralen Austausch und die Umsetzung neuer Ideen.

Sztum (Pommern) & Ritterhude (Niedersachsen)

„Ich muss darüber nachdenken. Zum Glück ist das eine meiner Lieblingsbeschäftigungen!“ Mit dieser Einstellung, einer guten Prise Humor und viel Entschlossenheit hat Michał Mroczkowski, ein junger Energieinspektor aus Sztum, es geschafft, in kurzer Zeit eine ehrgeizige Idee des Sztumer Bürgermeisters Leszek Tabor in die Tat umzusetzen. Dank seines Einsatzes können in 9 Privathaushalten und einem Pfarrhaus in Sztum bald bis zu 35 t CO₂ jährlich eingespart werden. Wie es dazu kam?

Energetische Sanierung – adelphis und PNECs Workshop trägt Früchte

Die Geschichte beginnt im Dezember 2015 in Herten, Nordrhein-Westfalen. Leszek Tabor ist einer der Vertreter/-innen, die an dem ersten deutsch-polnischen Workshop von adelphi und PNEC teilnehmen. Auf der Agenda steht das Thema energetische Sanierung auf Quartiersebene. Am letzten Tag besucht die 20-köpfige Delegation die frühere Zechensiedlung Hassel. Westerkholt. Bertlich, die gemeinsam mit Gelsenkirchen saniert

wird. Die Kommunen wollen Anreize für die Sanierung des gesamten Gebäudebestands schaffen und dabei die Wahrung eines homogenen Erscheinungsbilds der historischen Siedlung sicherstellen. Leszek Tabor steht vorn und hört den Architekten konzentriert zu. Der Bürgermeister von Sztum ist von der Idee so begeistert, dass er beschließt, auch in seiner Gemeinde die energetische Sanierung von Einfamilienhäusern auf Quartiers-ebene voranzutreiben.

Von Deutschland nach Polen und zurück nach Deutschland: Zwei neue Projekte entstehen

Zurück in Sztum identifiziert er mit seinem Team ein baulich besonders vernachlässigtes Gebiet der Gemeinde, in dem auch die Feinstaubbelastung am höchsten ist. Zudem nimmt er Kontakt mit Susanne Geils auf, der Bürgermeisterin von Ritterhude, Sztums Partnerkommune, mit der bereits seit vielen Jahren ein enger Kontakt besteht. Sie entscheiden, am deutsch-polnischen Klimaschutzpartnerschaftsprogramm des Beratungsprojekts teilzunehmen. Bereits beim ersten Treffen der Klimaschutzpartnerstädte erkennt Susanne Geils die Notwendigkeit und politische Relevanz der energetischen Stadtsanierung und will das Thema Wärmewende auch in Ritterhude entschlossener angehen. So entscheiden die beiden Partnerkommunen gemeinsam, in kurzer Zeit ähnliche Ziele zu verfolgen und auf dem Weg dorthin Wissen und Erfahrungen miteinander zu teilen.

Bekämpfung von Energiearmut – nicht ohne Umwege

In Sztum liegt die Entwicklung des Projekts in den Händen von Michał Mroczkowski. Mit dem lokalen Berater von Ritterhude, Ulrich Müller, tauscht er sich über Fragestellungen aus, die beide Vorhaben betreffen. Es geht dabei nicht nur darum, Energie einzusparen und (in Sztum) die Feinstaubbelastung aus den alten Kohleöfen zu reduzieren, sondern auch darum, langfristig

die Energiearmut zu bekämpfen. Zudem müssen für die Quartierssanierung passende Anreize geschaffen werden, um die Investitionsbereitschaft zu erhöhen.

Dem jungen Vater von sieben Kindern mangelt es nicht an Energie: Michał Mroczkowski klopft an viele Türen. Von der nationalen Umweltbank erfährt er, dass privaten Haushalten Darlehen mit niedrigeren Zinsen angeboten werden können. Wichtige Voraussetzung dafür ist ein Energieaudit. Ein solches soll nun mit Projektmitteln in 10 Pilotobjekten durchgeführt werden. Um geeignete Haushalte zu finden und eine bessere Vorstellung von den Bedürfnissen der Bewohner/-innen in dem ausgewählten Gebiet zu erhalten, wird im Frühjahr 2018 eine Befragung im Quartier durchgeführt. So werden wichtige Informationen zum technischen Bestand der Gebäude, aber auch zum Bewusstsein und zur Investitionsbereitschaft der Eigentümer/-innen erhoben. Nach Auswertung der Umfrage werden neun Privathaushalte und ein Pfarrhaus ausgewählt.

Mroczkowski wendet sich parallel an das polnische Umweltministerium. Zunächst sieht es nicht vielversprechend aus: Dass es keine Fördergelder für energetische Sanierungen im privaten Bestand gibt, ist bekannt. Sein Durchhaltevermögen zahlt sich dennoch aus. Die Bekämpfung der Luftverschmutzung wird Anfang 2018 zur nationalen Priorität. Durch Telefonate und Treffen in Warschau erfährt er, dass ein Förderprogramm speziell für private Haushalte im September 2018 starten soll. Dank des durchgeführten Energieaudits erfüllen alle neun Pilot Haushalte die Bedingungen für die Antragstellung. Das Pfarrhaus kann sich an die Umweltbank wenden. Insgesamt zeigen die Energieaudits, dass in diesen zehn Pilot-Objekten mit einer Gesamtinvestition von 293.000 PLN (ca. 68.000 EUR) der Energieverbrauch fast um die Hälfte reduziert werden könnte. Das sind ca. 390.000 GJ/Jahr.

Mit einer öffentlichen Veranstaltung im Herbst 2018, so hoffen Tabor und Mroczkowski, sollen noch mehr Sztumer/-innen auf den Geschmack kommen und sich für eine energetische Sanierung des Eigenheims mit Hilfe des neuen Förderprogramms entscheiden. Die Wirkung des Beratungsprojekts könnte damit noch vergrößert werden.

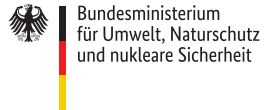
Auch Ritterhude prescht voran

Der Wille zur Veränderung ist auch in Ritterhude stark. Derzeit wird ein Antrag zur Förderung eines integrierten Quartierssanierungskonzepts und eines Sanierungsmanagements durch die KfW vorbereitet. Das Programm hat in Deutschland schon viele Erfolgsgeschichten hervorgebracht. Und auch Ritterhude hat Großes vor. Eine gründliche Typologie und Analyse der Gebäude aus dem Zielgebiet – ca. 60 ha groß, die Häuser wurden zwischen 1955 und 1980 gebaut – lag dank des Aufbaus eines Gebäudeenergiekatasters vor ein paar Jahren bereits vor. Nach Abgabe des Antrags heißt es dann: Daumen drücken!

Ein Projekt von:



Gefördert durch:



Herausgeber: adelphi research gGmbH

Autorinnen: Camille Serre, Lisa Schneider, adelphi

Bildnachweis: alle Bilder © adelphi

Stand: Oktober 2018

© 2018 adelphi

Diese Veröffentlichung entstand im Rahmen des Projekts „Polish-German cooperation on low-emission development strategies – Promoting cooperative frameworks for municipalities“. Dieses Projekt wurde vom Bundesumweltministerium mit Mitteln des Beratungshilfeprogramms (BHP) für den Umweltschutz in den Staaten Mittel- und Osteuropas, des Kaukasus und Zentralasiens sowie weiteren an die Europäische Union angrenzenden Staaten gefördert und vom Bundesumweltministerium und dem Umweltbundesamt begleitet. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen.